

Vorbemerkung

Die nachfolgende Dokumentation inkl. Anhänge wurden betroffenen Kantonen und den drei Plattform-Betreibern vorgängig zum Gegenlesen und zur Korrektur übermittelt.

Falls Sie regelmässig über Aktualitäten im Bereich ERV informiert werden möchten, abonnieren Sie bitte den ERV-Newsletter von RA Georges Chanson: www.erv.arbeitsrechtler.ch

Informationsaustausch:

- Senden Sie Ihre Meldungen zu konkreten ERV-Problemen, anonymisierte Urteile und Hinweise zum ERV an chanson@bodmerstrasse.ch
- Meldungen und Kommentare zu dieser Dokumentation können via Secure Messaging online-Kontaktformular auf www.advo-schreiber.ch oder per Mail (schreiber_c@bluewin.ch) an die Autorin übermittelt werden.

Elektronischer Rechtsverkehr in der Schweiz – wo stehen wir heute? (Sonder)Regelungen der Kantone und Übersicht über Gerichtsentscheide zum ERV

**Etat des lieux de la communication électronique en Suisse –
règlementations (spécifiques) des cantons et compte-rendu des
décisions judiciaires liées à la communication électronique**

Inhalt

1. Praxis des ERV in den Kantonen

1.1 Beschaffung der Informationen

1.2 Bedeutung der E-Eingaben

1.3 In welchen Kantonen sind E-Eingaben möglich?

1.4 In welchen Kantonen wird der «E-Rückweg» (Zustellung) praktiziert?

1.5 Kinderkrankheiten

1.6 Sieben mögliche ERV-Übertragungswege

1.7 Signatur-Validierung

2. Gerichtsentscheide zum ERV

2.1 Übersicht

2.2 Veröffentlichte Entscheide

2.3 Bisher unveröffentlichte Entscheide (verfahrensabschliessend)

2.4 Bisher unveröffentlichte Entscheide (verfahrensleitend)

3. Fazit

1.1 Informationen zum ERV in den Kantonen

Zeitaufwändige Recherche

- in der Regel verschiedene Ansprechpartner in den Kantonen, je nachdem, ob es sich um technische oder rechtliche Fragen handelt
- in der Regel koordinieren die Kantone die ERV-Praxis der verschiedenen Behörden nicht bzw. nicht systematisch
- Entscheide zum ERV werden nicht systematisch erfasst, Suche nach unveröffentlichten Entscheiden faktisch nur via AnwältInnen möglich

1.2 Bedeutung des ERV in den Kantonen (I)

Telefonische Umfrage bei ca. 30 Gerichts- und Staatsanwaltskanzleien in verschiedenen Kantonen, Reaktionen mehrheitlich negativ

«Elektronische Eingaben sind ein Fremdkörper in unseren Arbeitsaufläufen.» (ausnahmslos Trägerwechsel)

«Wir müssen jedes Mal die Anleitung hervorholen, weil die elektronischen Eingaben so selten sind.»

«Wir haben keine personellen Ressourcen, um umfangreiche elektronische Eingaben zu kopieren.»

1.2 Bedeutung des ERV in den Kantonen (II)

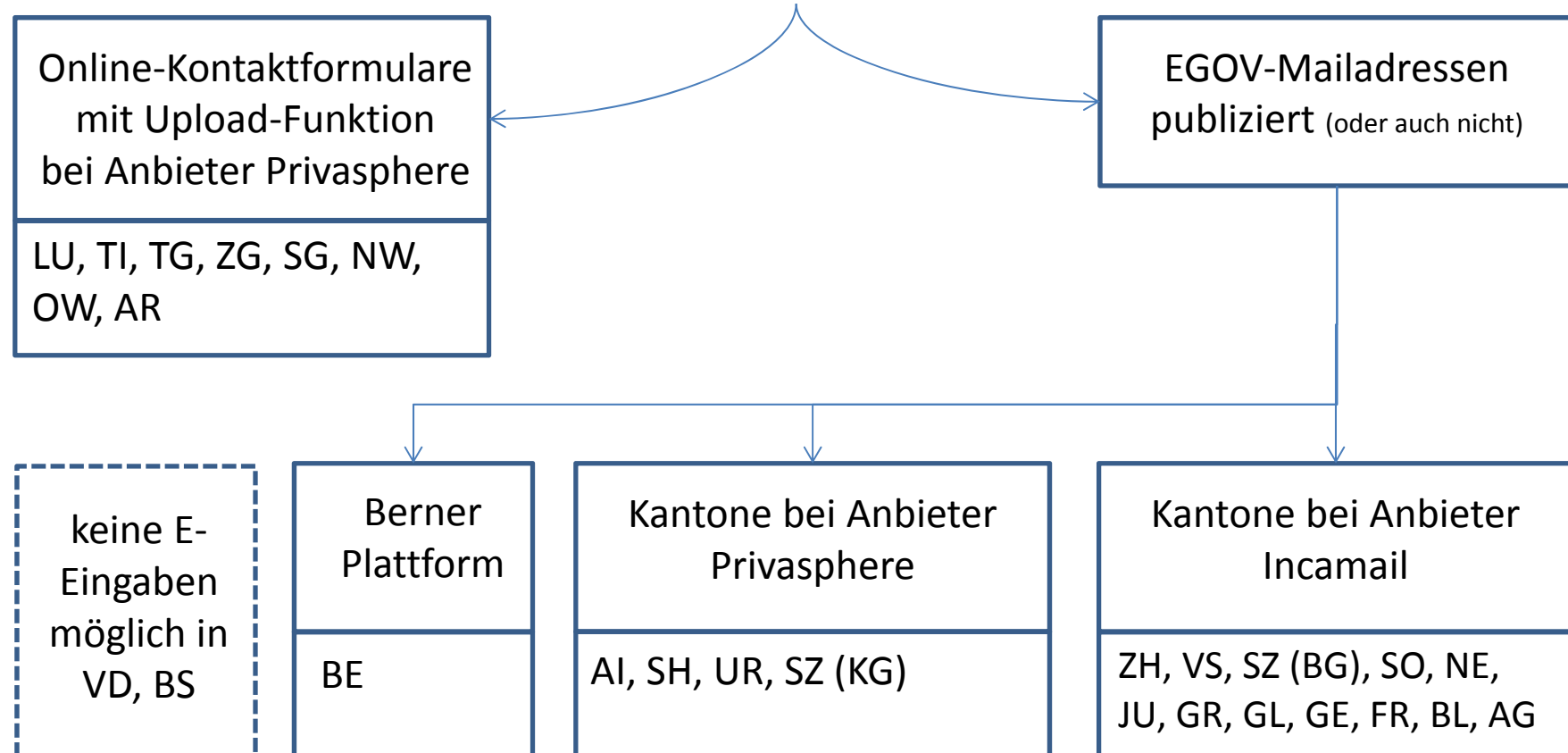
Anzahl elektronische Eingaben

- in den meisten Kantonen wird die Zahl der elektronischen Eingaben nicht systematisch erfasst (Ausnahme: u.a. SG)
- in allen Kantonen: AnwältInnen, die elektronische Eingaben machen, sind dem Gerichtspersonal namentlich bekannt → eher geringe Anzahl

1.3 In welchen Kantonen sind E-Eingaben möglich?

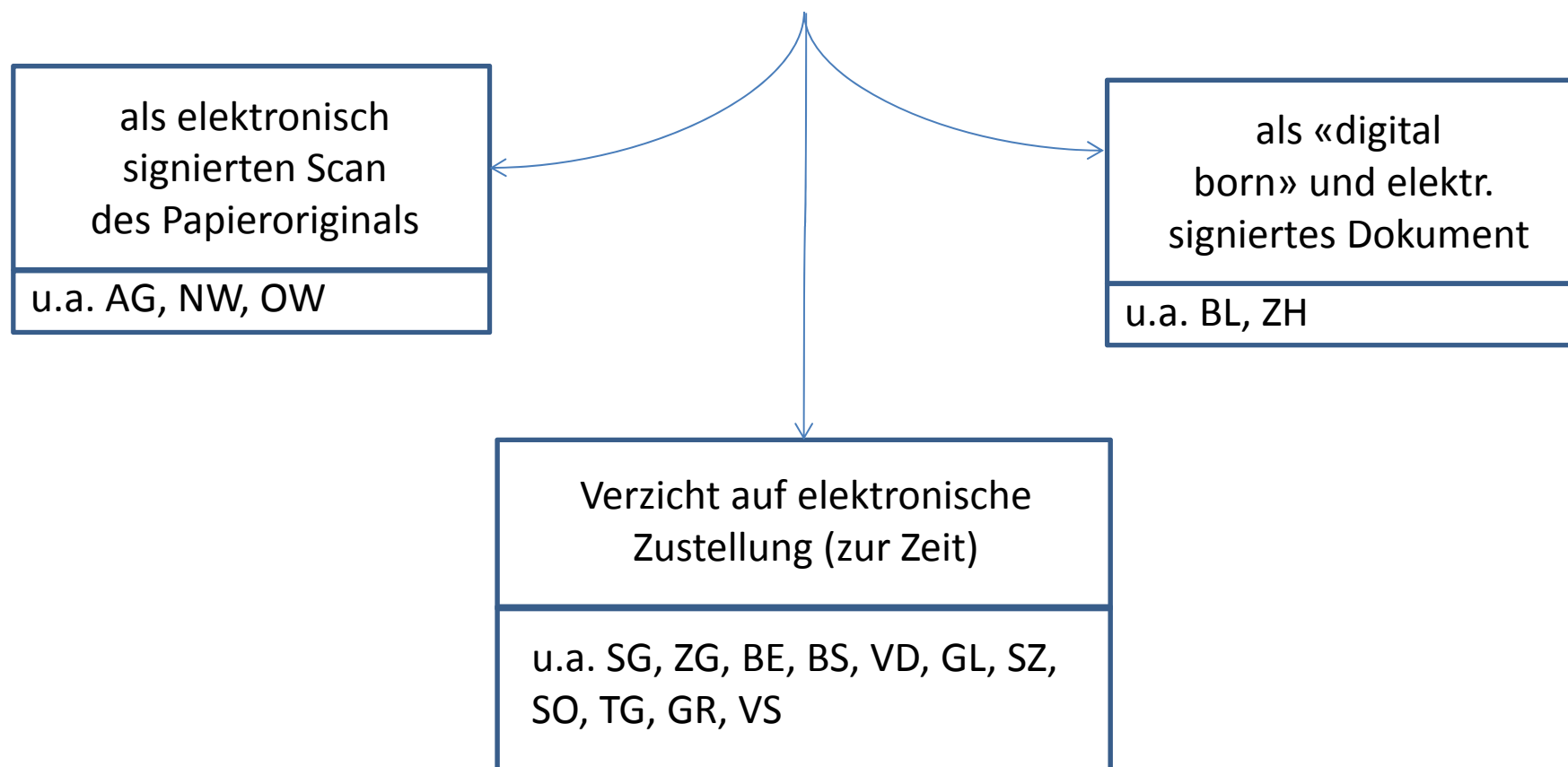
24 Kantone **empfangen** elektronische Eingaben

(Zivil- und Strafverfahren)



1.4 Welche Kantone stellen elektronisch Entscheide zu?

Wie werden Entscheide elektronisch zugestellt?



1.5 Kinderkrankheiten (I)

Irreführende Angaben auf kantonalen Webseiten, Bsp. GR (inzwischen entfernt)

Schriftlich

Kantonsgericht von Graubünden
Poststrasse 14
7002 Chur

Elektronischer Rechtsverkehr - Eingaben per E-Mail

Seit dem 1. Januar 2011 besteht die Möglichkeit der elektronischen Kommunikation von Parteien und Anwälten mit Gerichten und anderen Justizbehörden (Art. 13 ZPO, Art. 110 StPO, Art. 33a SchKG). Die Modalitäten für den elektronischen Rechtsverkehr sind in der Verordnung über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren vom 18. Juni 2010 geregelt (VeÜ-ZSSchKG; [SR 272.1](#)). Die wichtigsten Voraussetzungen für die Rechtswirksamkeit elektronischer Eingaben sind:

- Die Eingabe, d.h. der Kommunikationsträger, mit welchem Prozesshandlungen bewirkt werden sollen, einschliesslich der Beilagen dazu, liegen im Portable Document Format (PDF) vor (Art. 6 VeÜ-ZSSchKG)
- Sowohl Sendungen als auch Eingaben sind mit der gültigen elektronischen Signatur der sendenden Person zu versehen, was voraussetzt, dass sie Inhaberin einer qualifizierten elektronischen Signatur ist (Art. 7 VeÜ-ZSSchKG)
- Die Eingabe erfolgt über die vom Gericht verwendete anerkannte Zustellplattform und seine dort deponierte, spezifische Eingabeadresse (Art. 4 VeÜ-ZSSchKG)

Das Kantonsgericht ist einstweilen nicht verpflichtet, elektronisch zu antworten. Solange sich aus Gesetzgebung oder Rechtsprechung nichts Gegenteiliges ergibt, beschlägt der elektronische Rechtsverkehr im Kanton Graubünden vorerst den Empfang von Eingaben, nicht aber die Zustellung von Entscheidungen, prozessleitenden Verfügungen, Vorladungen etc. durch Gerichte und Behörden.

Die Sendungen selbst müssen nicht signiert werden
(bei Sendung aus «Plattform-Webmail» kann zudem
gar keine Signatur angebracht werden)

E-Eingabe ist
über jede
anerkannte
Plattform
möglich, nicht
nur über
diejenige, die
vom Gericht
verwendet wird

<http://www.gr.ch/DE/institutionen/gerichte/kg/ueberuns/Seiten/Kontakt.aspx>, Screenshot vom 02.06.2013

1.5 Kinderkrankheiten (II)

Begrenzung der zu übermittelnden Datenmengen:

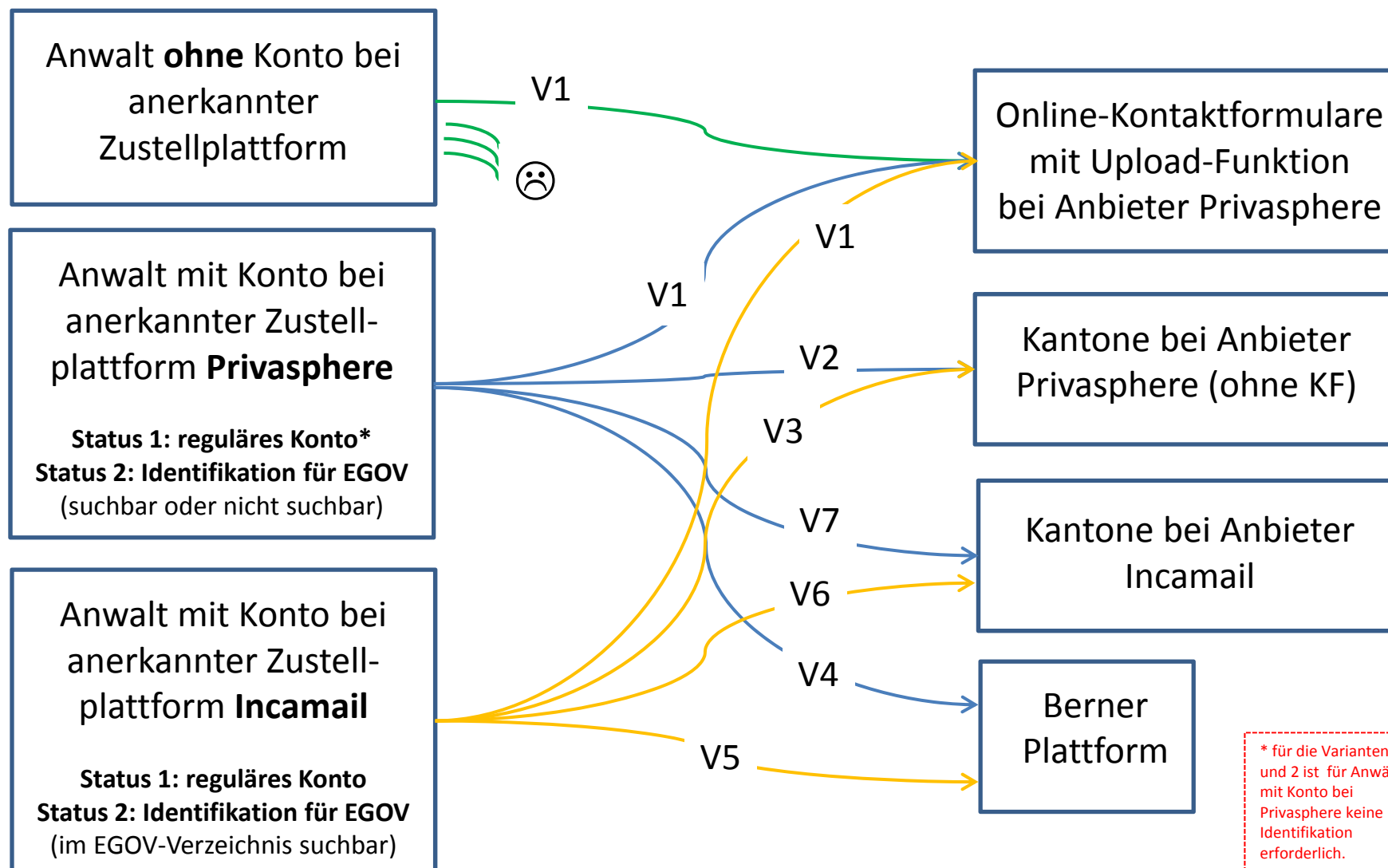
- Grössere E-Eingaben müssen auf verschiedene Sendungen aufgeteilt werden (Fehlerquelle)
- teilweise werden diese Limiten nicht oder nicht klar kommuniziert
- EGOV-Verzeichnis von PrivaspHERE: ein Versuch, in dieser Frage Klarheit zu schaffen

1.5 Kinderkrankheiten (III)

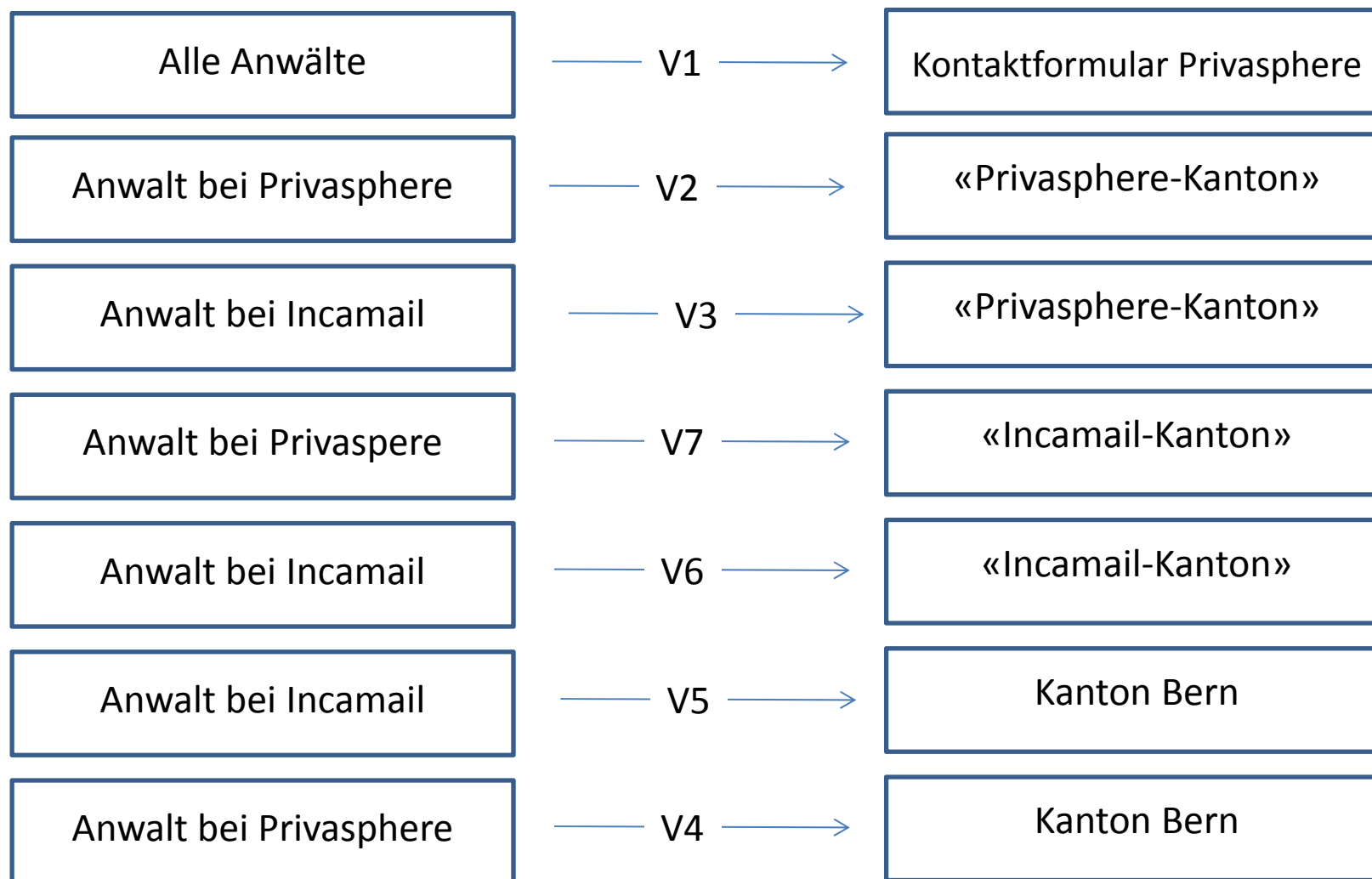
EDV-Anwenderprobleme bei den kantonalen Behörden:

- elektronische Signaturen werden bspw. als ungültig erkannt, weil der Reader im PDF des Validierungsbericht keine gültige elektronische Signatur findet
- .eml-Dateien können nicht geöffnet werden, Mailanhänge werden nicht gefunden
- Stolpersteine ausgehend von Anweisungen aus der «Pionierzeit», die mangels Praxis noch nicht überarbeitet wurden
- etc., etc., etc.

1.6 Sieben mögl. Übermittlungswege für die elektr. Eingabe



1.6 Variante 1 bis Variante 7 (Anwalt zu Behörde)



1.6 Sieben Übermittlungswege Anwalt - Behörde

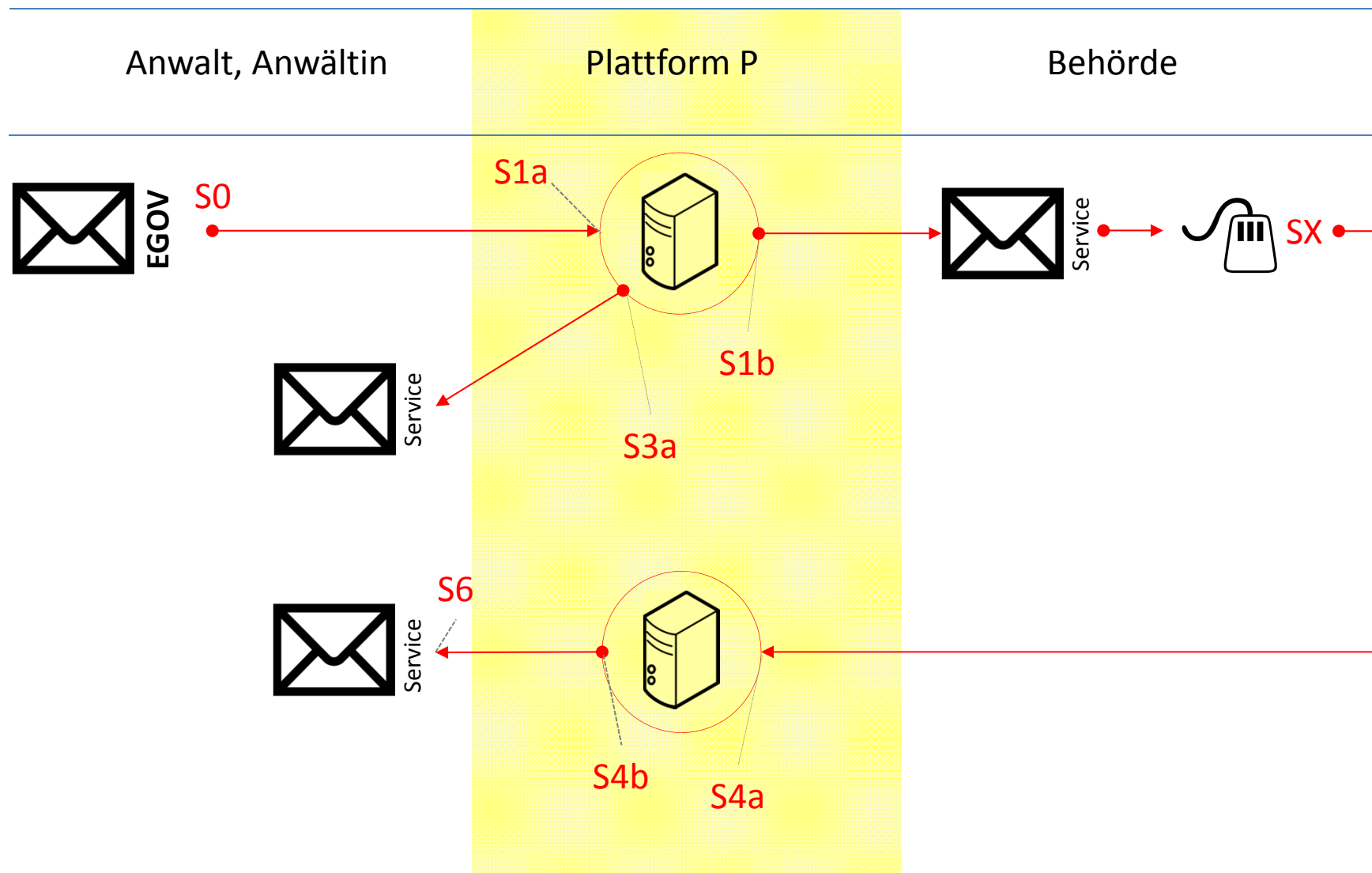
Relevanz

Jeder der sieben Wege hat seine spezifischen Eigenheiten bezüglich

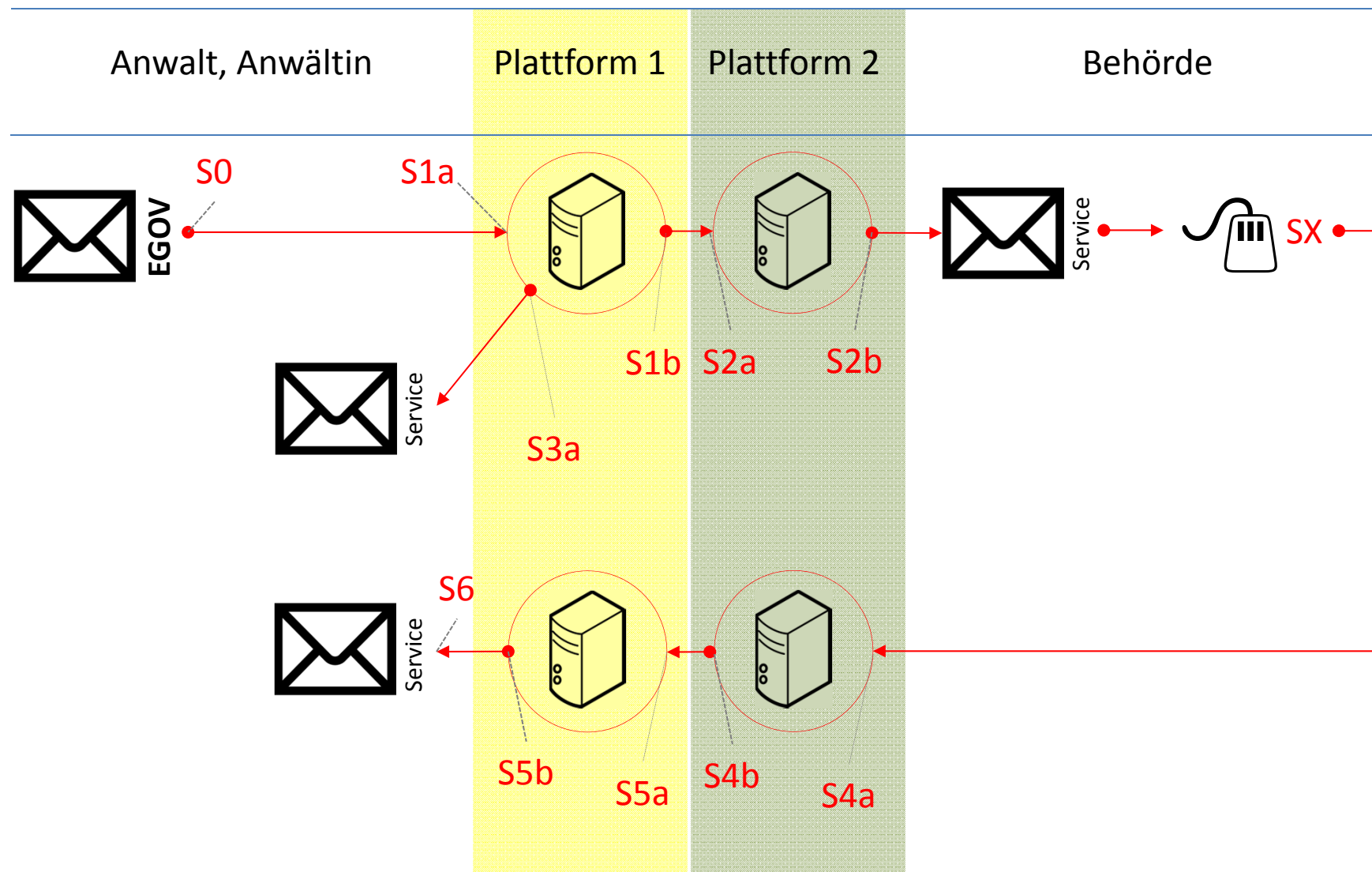
- der ausgestellten Quittungen auf Anwaltsseite
- der übermittelten Dokumente auf Behördenseite
- der in diesen jeweiligen Dokumenten enthaltenen Zeit- und Datumsangaben
- Risiko einer fehlerhaften Übermittlung an die Behörde
- der Identifikationsanforderungen* gegenüber der sendenden oder empfangenden Plattform

* = mit anderen Worten: Reicht der Versand eines qualifiziert e-signierten PDF's für eine Eingabe oder muss man identifiziert sein via SUISSE-ID Login, Papier-Domizilverfahren, etc.

MUSTER bei E-Eingabe mit 1 involvierten PLATTFORM



MUSTER bei E-Eingabe mit 2 involvierten PLATTFORMEN



1.6 Sieben ERV-Wege: Wer kennt welche Zeitpunkte?

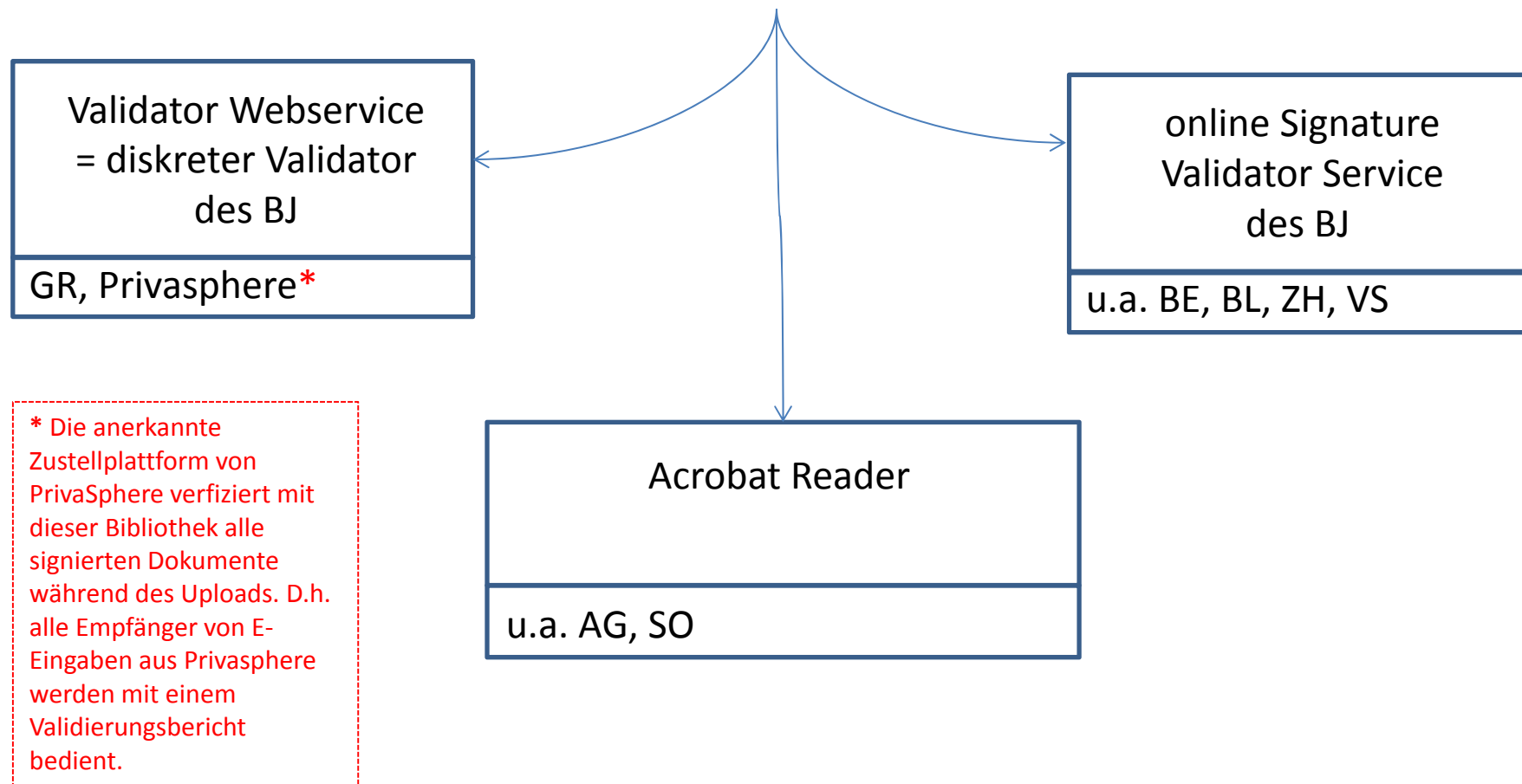
Variante		S0	S1a	S1b	S2a	S2b	S3a	S4a	S5a	SX
V1 (Pr Webform)	Anwalt kennt...	✗	✓	✗	-----	-----	✗	✓	-----	✗
V1 (Pr Webform)	Behörde kennt...	✗	✓	✓	-----	-----	✗	✓	-----	✗
V2 (Pr ⇔ Pr)	Anwalt kennt...	✗	✓	✗	-----	-----	✗	✓	✗	✗
V2 (Pr ⇔ Pr)	Behörde kennt...	✗	✓	✓	-----	-----	✗	✓	-----	✗
V3 (In ⇔ Pr)	Anwalt kennt...	✗	✓	✗	✓	✗	✗	✓	✓	✗
V3 (In ⇔ Pr)	Behörde kennt...	✗	✗	✗	✓	✓	✗	✗	✗	✗
V4 (Pr ⇔ BE)	Anwalt kennt...	✗	✓	✗	✓ _{S2a+}	✗	✗	✗	✓	✗
V4 (Pr ⇔ BE)	Behörde kennt...	✓	✓	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗
V5 (In ⇔ BE)	Anwalt kennt...	✗	✓	✗	✓	✗	✗	✗	✓	✗
V5 (In ⇔ BE)	Behörde kennt...	✓	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗
V6 (In ⇔ In)	Anwalt kennt...	✗	✓	✗	-----	-----	✗	✓	✗	✗
V6 (In ⇔ In)	Behörde kennt...	✗	✓	✓	-----	-----	✗	✗	✗	✗
V7 (Pr ⇔ In)	Anwalt kennt...	✗	✓	✗	✗	✗	✗	✓	✗	✗
V7 (Pr ⇔ In)	Behörde kennt...	✗	✓	✗	✗	✓	✗	✗	✗	✗

1.6 Sieben ERV-Wege: Wer kennt welche Zeitpunkte?

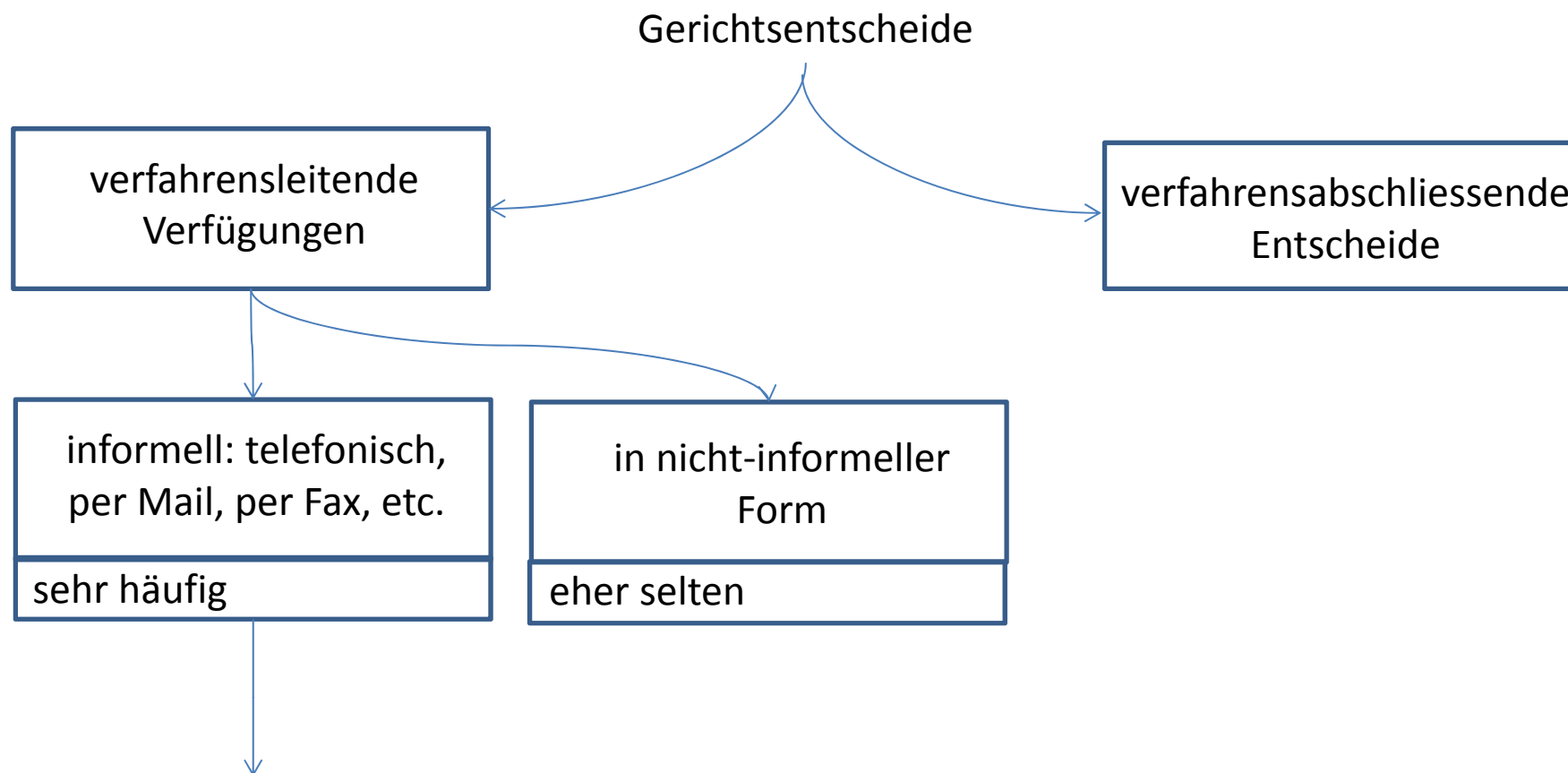
Übersicht zeigt:

- Dem sendende Anwalt und der empfangende Behörde werden nicht dieselben Zeitpunkte zur Kenntnis gebracht.
- Jeder der sieben ERV-Übertragungswege von Anwalt zu Behörde hat spezifische Charakteristiken bezüglich der übermittelten Zeitpunkte.
- Der derzeitige Zustand verlangt dringend nach einer Vereinheitlichung bezüglich der an Anwalt und Behörde zu übermittelnden Zeitpunkte für alle sieben ERV-Wege.

1.7 Wie werden die elektronischen Signaturen validiert?

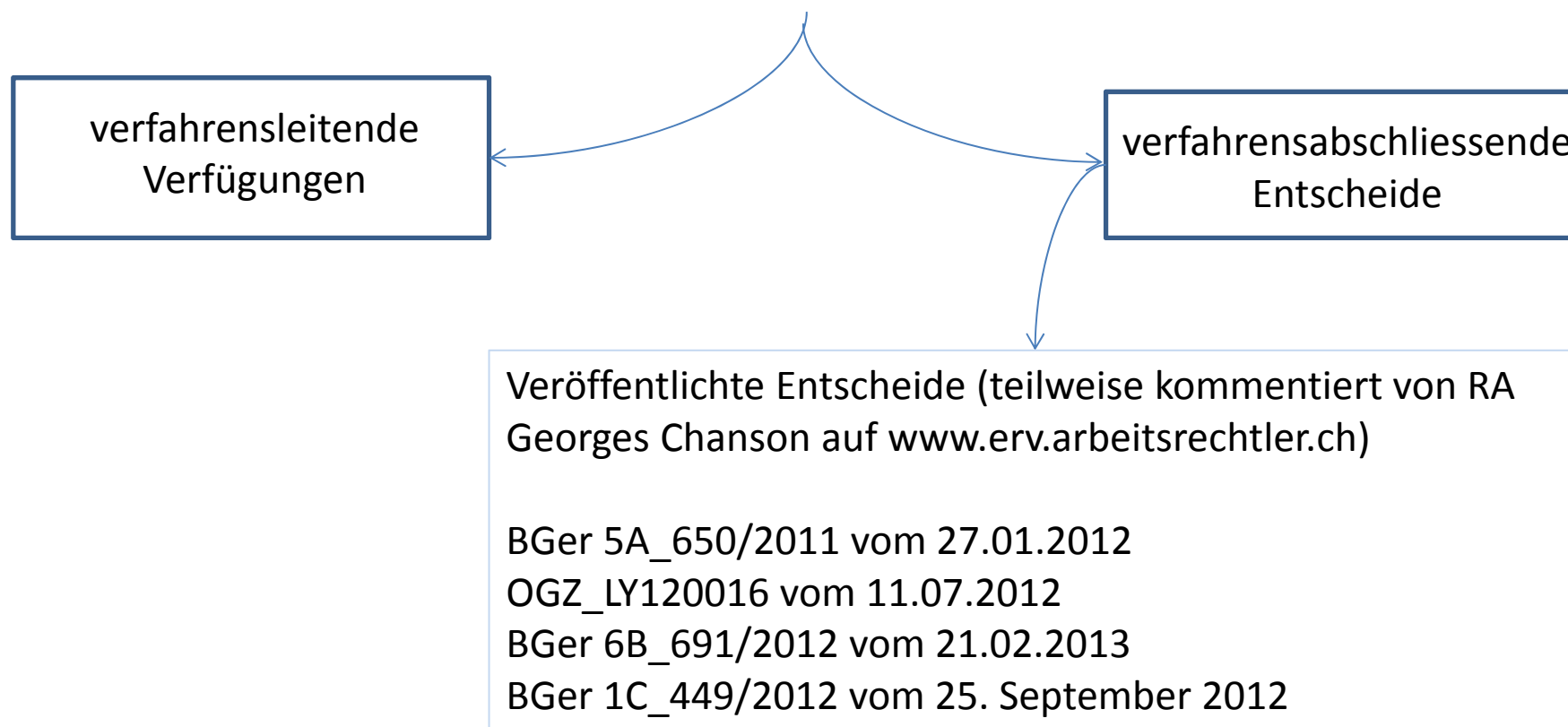


2.1 Gerichtsentscheide zum ERV: Übersicht

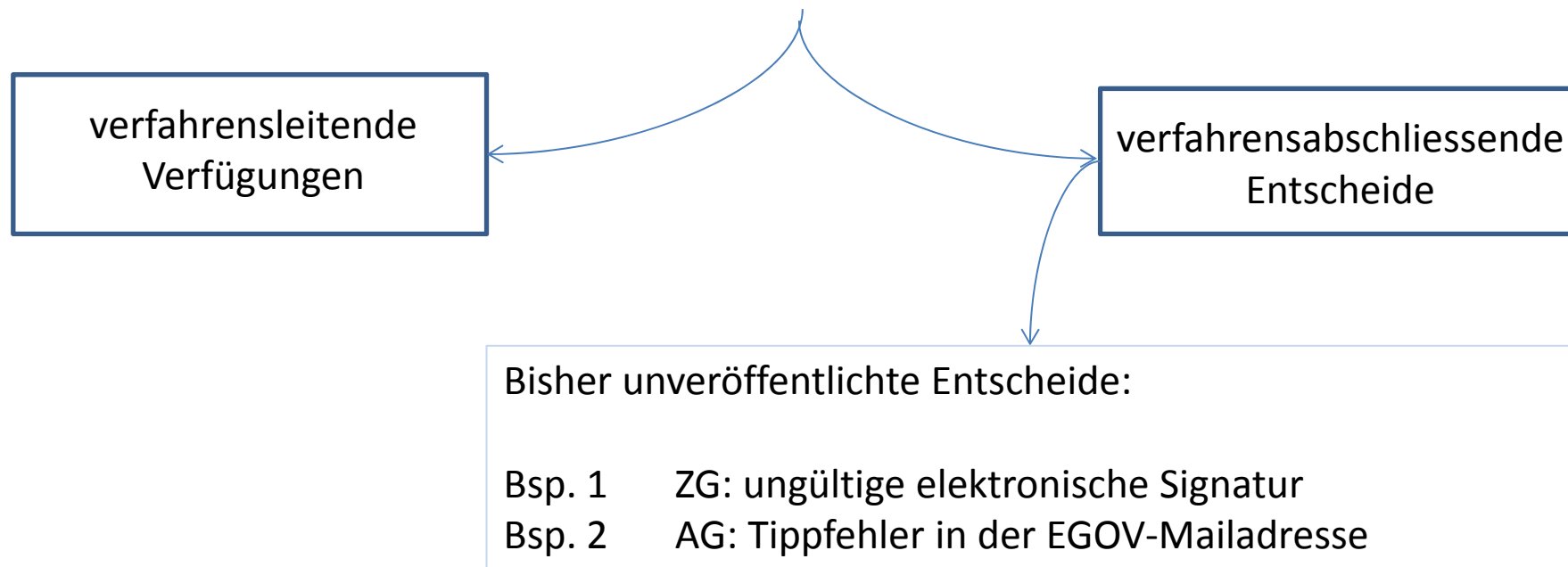


Regeln zum ERV sind sehr häufig informeller Natur,
die nur den ERV-aktiven Anwälten, Richtern und Staatsanwälten bekannt sind.

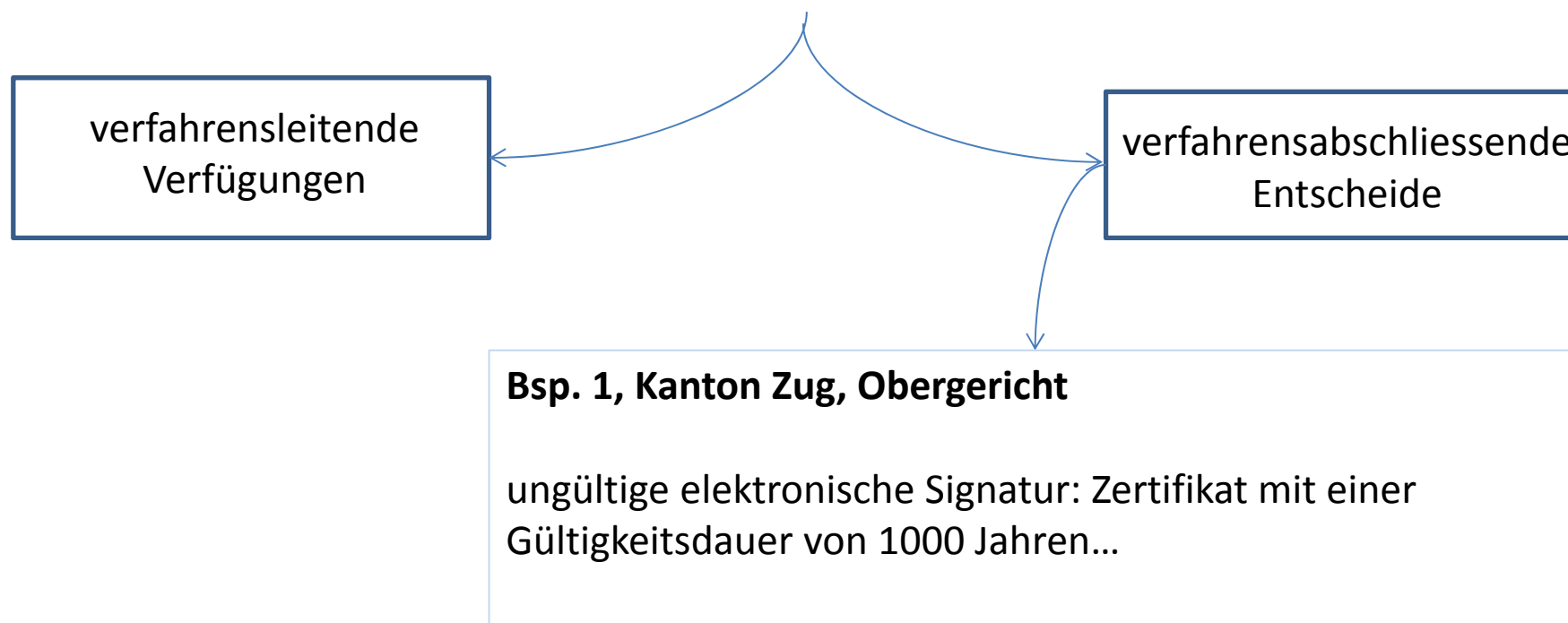
2.2 Veröffentlichte Entscheide



2.3 Bisher unveröffentlichte Entscheide (verfahrensabschl.)



2.3 Beispiel 1: 1000-jähriges Zertifikat



Bsp. 1, Kanton Zug, Obergericht

Zug, 30. August 2012 sch

VA 2012 1

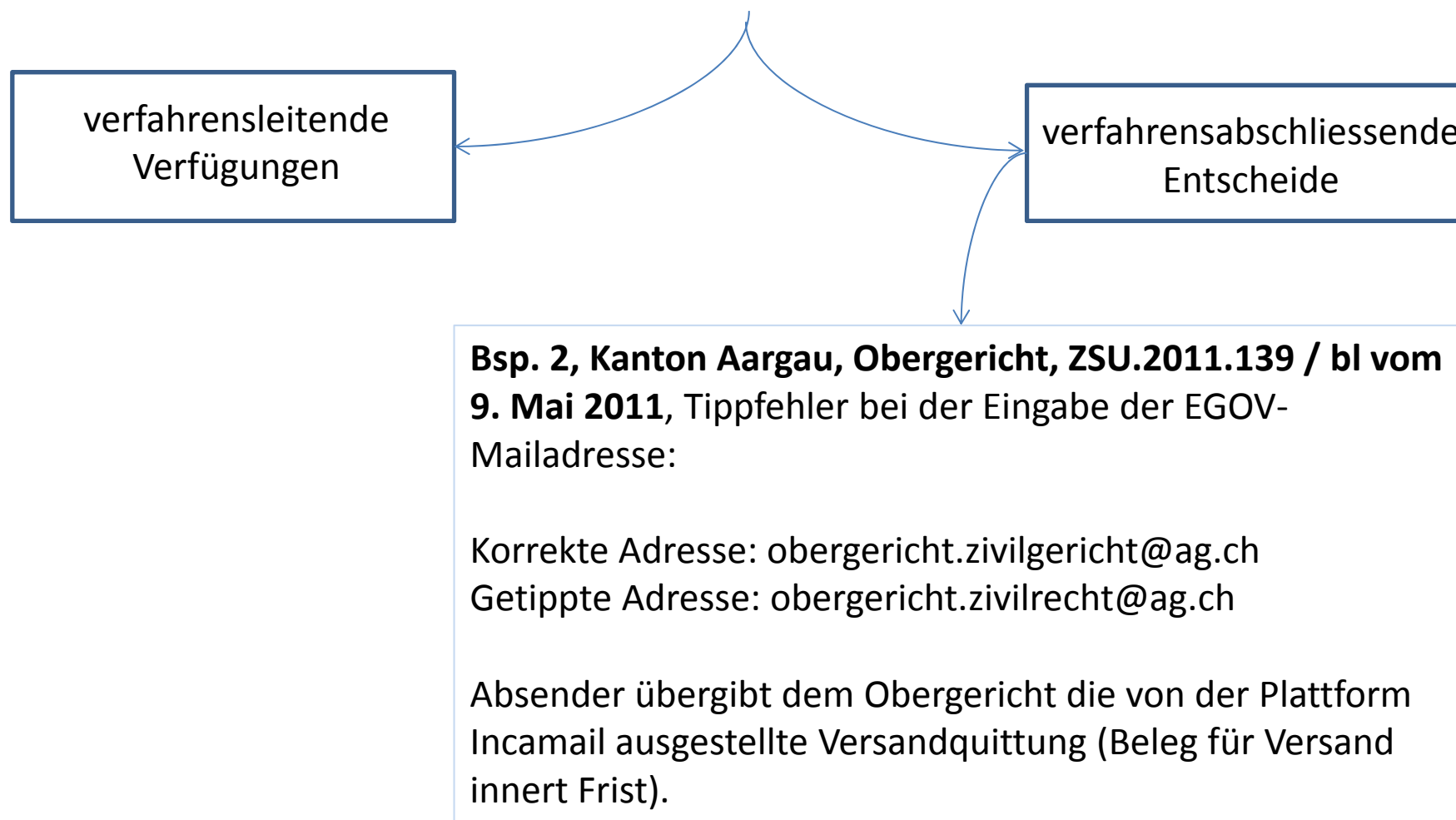
Beschwerde gegen das Konkurseröffnungsverfahrens EK 2012 213

Sehr geehrter Herr xxx

Ich beziehe mich auf Ihre elektronische Eingabe vom 27. August 2012 (datiert aaaa, 25. August 2012). Die Abklärungen haben ergeben, dass Sie kein qualifiziertes Zertifikat und damit keine anerkannte elektronische Signatur verwendet haben. Ihre Eingabe ist damit nicht gültig, weshalb gestützt darauf kein Beschwerdeverfahren eröffnet werden kann. Der guten Ordnung halber teile ich Ihnen mit, dass eine Aufhebung des Konkurseröffnungsentscheides gemäss Art. 174 SchKG nur möglich ist, wenn innert der Beschwerdefrist von 10 Tagen die Tilgung oder Hinterlegung des geschuldeten Betrages mittels Urkunden nachgewiesen und überdies die Zahlungsfähigkeit glaubhaft gemacht ist.

Freundliche Grüsse
Obergericht des Kantons Zug
II. Beschwerdeabteilung

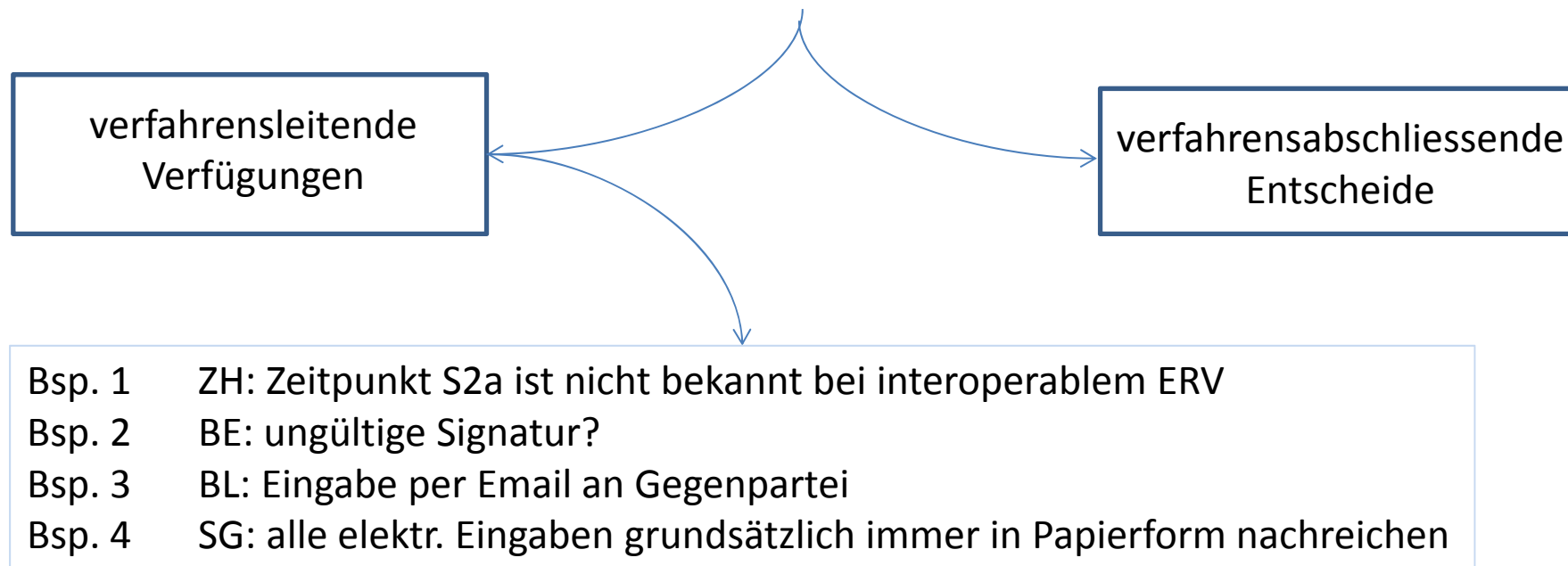
2.3 Beispiel 2: Tippfehler in der EGOV-Adresse



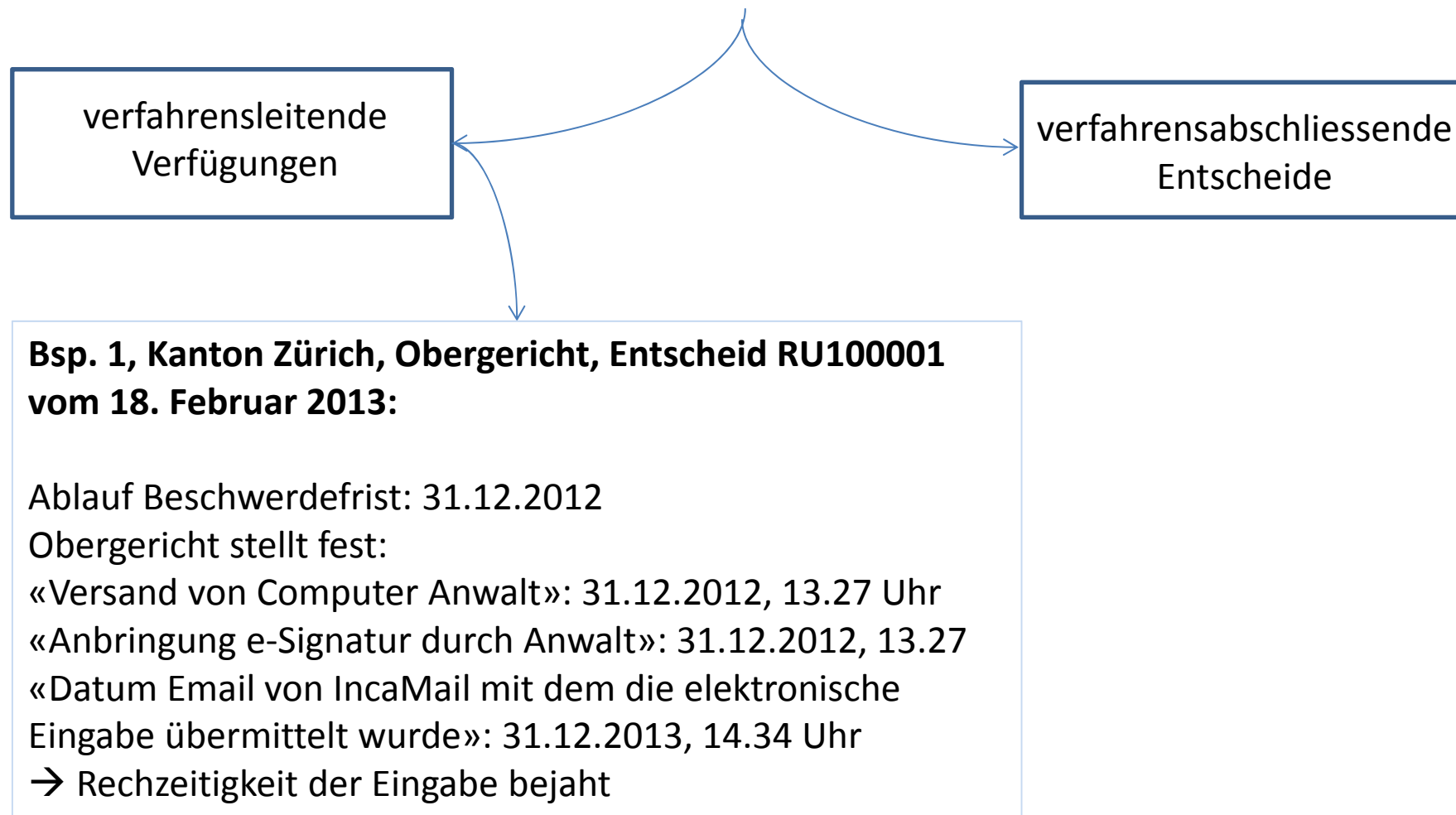
**Bsp. 2, Kanton Aargau, Obergericht,
ZSU.2011.139 / bl vom 9. Mai 2011**

Als Adressen des Obergerichts des Kantons Aargau für elektronische Eingaben sind in diesem Verzeichnis (www.ch.ch/e-justice) aufgeführt: "Obergericht.Strafgericht@ag.ch" und "Obergericht.Zivilgericht@ag.ch". Sowohl aus der in Papierform eingereichten Berufung als auch aus den Mailübermittlungen der Beklagten an die Kanzlei des Obergerichts ergibt sich, dass die Beklagte die Berufung an die Adresse "obergericht.zivilrecht@ag.ch" elektronisch übermittelte, also nicht an die für elektronische Eingaben nach den gesetzlichen Bestimmungen zu verwendende Adresse. Entsprechend hat der von IncaMail der Beklagten in der erwähnten Versandquittung für den 11. April 2011 bestätigte Versand auch keinen Eingang beim Obergericht zur Folge gehabt. Die Beklagte legt denn auch folgerichtig keine entsprechende Empfangsquittung für den Empfang bei der Zustelladresse des Gerichts vor (Art 143 Abs. 2 ZPO). Nachdem die elektronische Übermittlung von Eingaben dem Empfangsprinzip untersteht, d.h. die Frist nur eingehalten ist, wenn der Empfang bei der Zustelladresse des Gerichts spätestens am letzten Tag der Frist durch das betreffende Informatiksystem dem Absender bestätigt worden ist (Staelin, a.a.O., N. 5 zu Art. 143 ZPO; Marbacher, Stämpfli Handkommentar ZPO, Bern 2010, N. 7 zu Art. 143 ZPO; Hofmann-Novotny, in: Oberhammer, Kurzkommentar ZPO, Basel 2010, N. 9 zu Art. 143 ZPO; Benn, in: Basler Kommentar ZPO, Basel 2010, N. 16 zu Art. 143 ZPO), wurde die Berufungsfrist auch mit der elektronischen Übermittlung nicht eingehalten.

2.4 Bisher unveröffentlichte Entscheide (verfahrensleitend)



2.4 Beispiel 1: Zeitpunkt S2a ist nicht bekannt...



**Bsp. 1, Kanton Zürich, Obergericht, Entscheid
RU100001 vom 18. Februar 2013:**

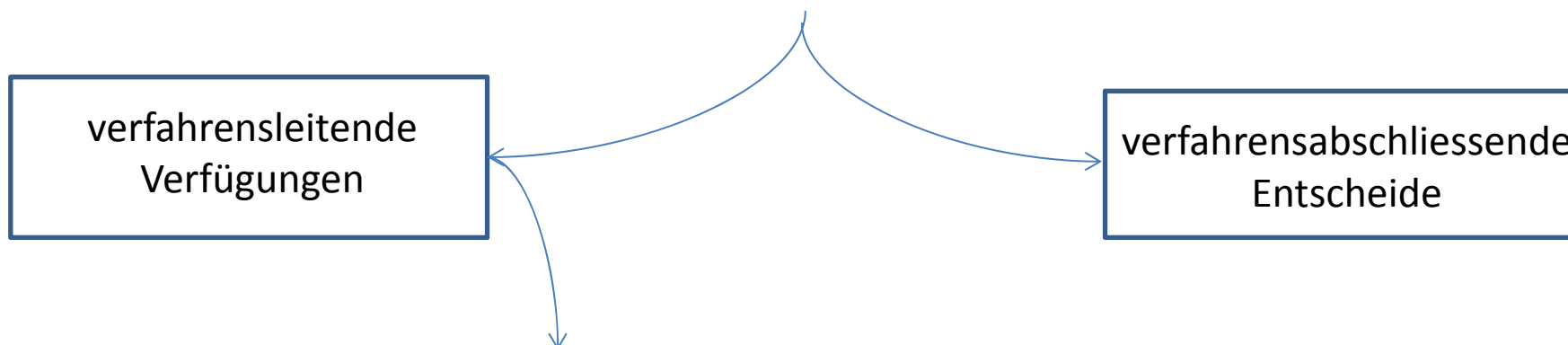
Das Eintreffen der Eingabe auf der Zustellplattform des Obergerichts wird dem Absender aufgrund der derzeitigen technischen Ausgestaltung des Datenverkehrs zwischen den anerkannten Zustellplattformen nicht dokumentiert, bzw. erst, wenn die elektronische Eingabe durch einen Mitarbeiter des Obergerichts angenommen bzw. abgelehnt wird. Auf diesen Zeitpunkt ist indes nicht abzustellen. Andernfalls würde das Instrument der elektronischen Eingabe praktisch unbrauchbar, müsste sich der Absender einer elektronischen Eingabe doch stets versichern, dass beim empfangenden Gericht ein Mitarbeiter am Computer sitzt, der die Eingabe vor Fristablauf annimmt. Darum und zur Vermeidung eines über-

**Bsp. 1, Kanton Zürich, Obergericht, Entscheid
RU100001 vom 18. Februar 2013:**



1.2.2 Vorliegend ergibt sich aus den Prüfberichten vom 4. und 7. Januar 2013, dass die elektronische Signatur auf der elektronischen Eingabe am 31. Dezember 2012 um 13:27 Uhr angebracht wurde (act. 13 f.). Vom 31. Dezember 2012, 14:34 Uhr, datiert sodann das E-Mail von IncaMail, der Zustellplattform des Obergerichts, mit welchem die elektronische Eingabe an das Obergericht übermittelt wurde (act. 15). Vor diesem Hintergrund ist die Rechtzeitigkeit der Eingabe des Gesuchstellers zu bejahen.

2.4 Beispiel 2: elektr. Signatur zerstört



Bsp. 2, Kanton Bern, Obergericht: ungültige Signatur

Verfügung vom 30.5.2012: «Der Beschwerdeführerin wird eine nicht verlängerbare Frist von 5 Tagen [...] gesetzt, um die Rechtsmittelschrift [...] zu verbessern. [...] kurze Nachfrist zur postalische Einreichung einer unterzeichneten Beschwerde in Papierform [...]

Begründung: «gültige Signatur fehlt»

2.4 Beispiel 2: elektr. Signatur zerstört

Hash-Wert (SHA-256) der eingereichten E-Eingabe: 9a9dbd...

Hash-Wert (SHA-256) der vom Obergericht validierten E-Eingabe: 91c14....

Schlussfolgerung:

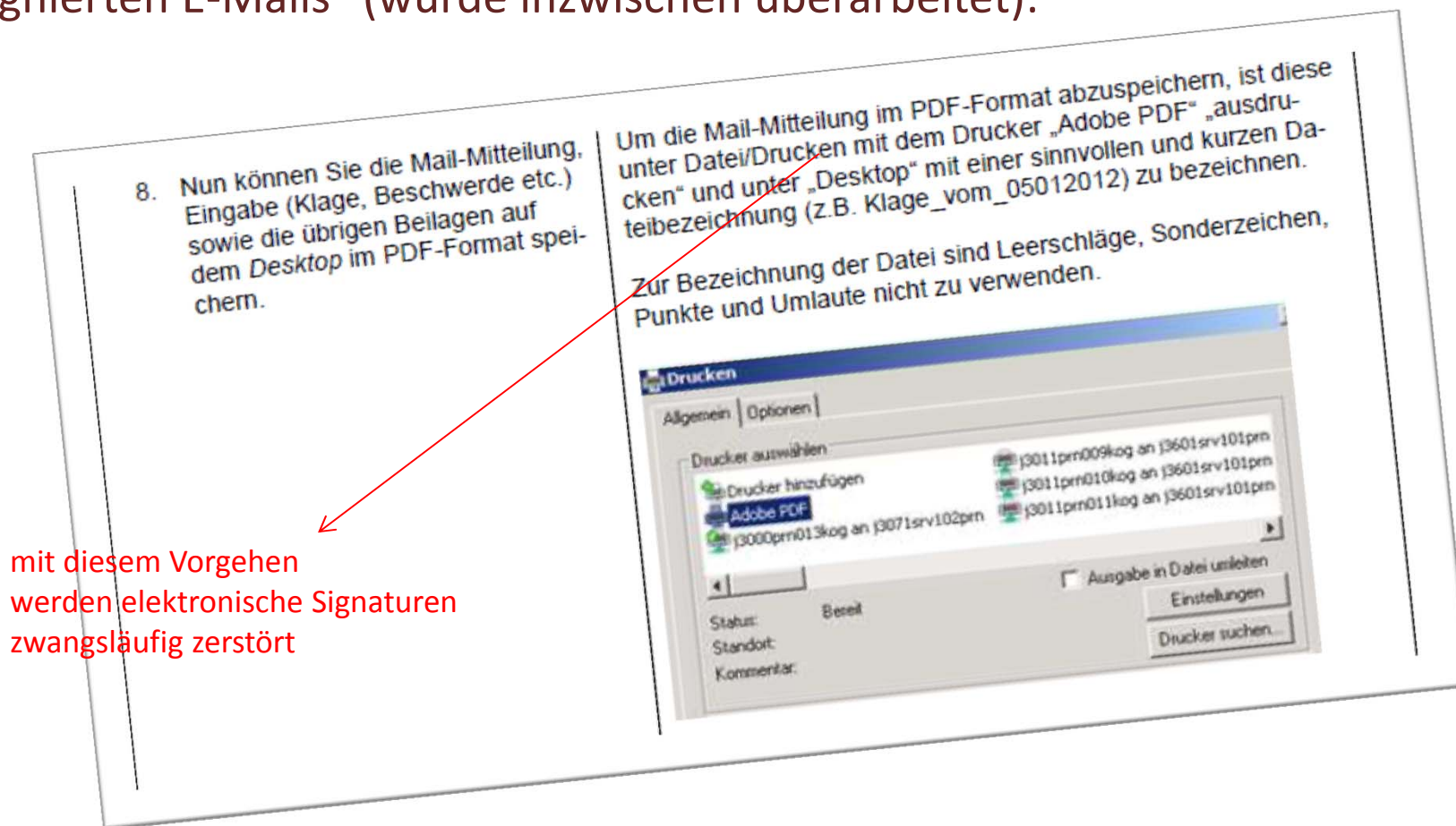
elektronische Signatur wurde durch die Gerichtskanzlei zerstört →
nochmalige Validierung der elektr. Signatur und erneute verfahrensleitende
Verfügung:

Die Verfahrensleitung verfügt:

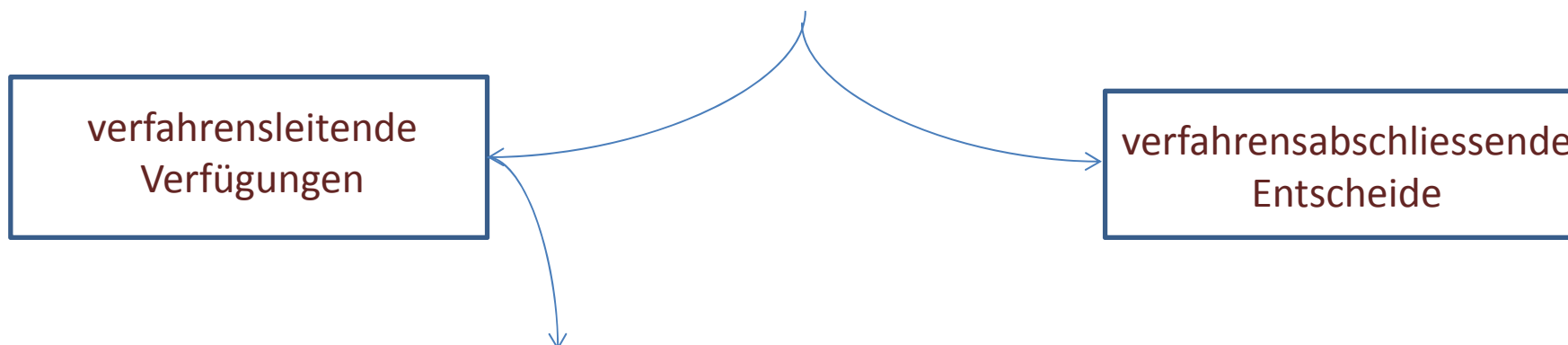
1. Eine Nachkontrolle der am 30. Mai 2012 elektronisch eingegangenen Beschwerde vom 30. Mai 2012 hat ergeben, dass diese korrekt mit einer anerkannten elektronischen Signatur versehen war.
2. Die mit Verfügung vom 30. Mai 2012 angesetzte Nachfrist ist somit hinfällig.

2.4 Beispiel 2: elektr. Signatur zerstört

Auszug aus der ersten Anleitung „Empfang von verschlüsselten und digital signierten E-Mails“ (wurde inzwischen überarbeitet):



2.4 Beispiel 3: Mail an Gegenparteien



Bsp. 3, Kanton Baselland, Bezirksgericht Arlesheim

Anwalt sendet elektronische Eingabe per Mail an die Gegenpartei und stellt Antrag, die Kläger und die Beklagten 1 und 3-6 sei eine Frist zu setzen zur Mitteilung, ob sie eine Kopie der Klageantwort der Beklagten 2 [...] erhalten haben und diese Kopie anerkennen.

Verfügung des Bezirksgerichtes vom 8. Oktober 2012:

Bsp. 3, Kanton Baselland, Bezirksgericht Arlesheim

Nach Eingang sämtlicher Klageantworten wird

verfügt:

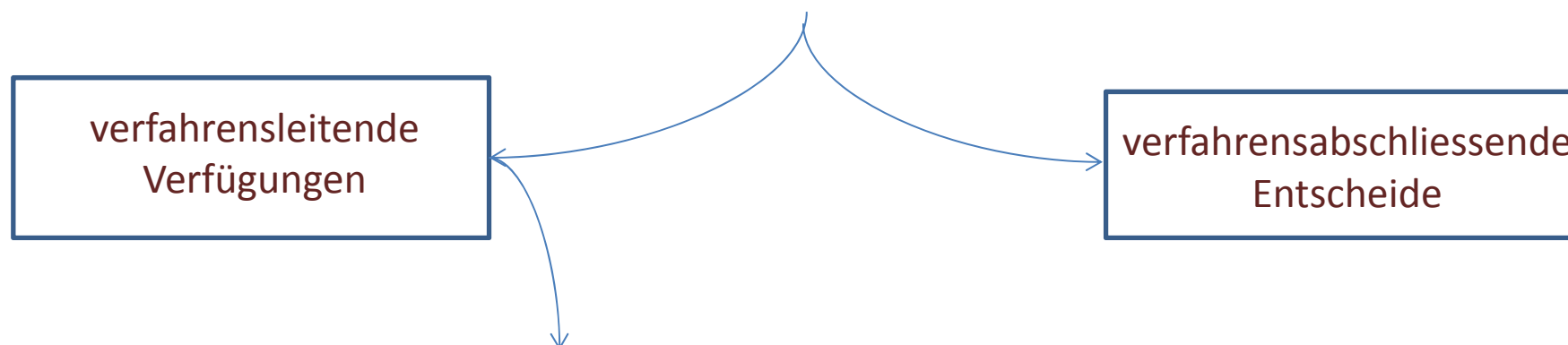
://:

1. Die Parteien werden zur Instruktionsverhandlung vorgeladen-
2. Den Klägern und den Beklagten 1 sowie 3 bis 6 wird Frist gesetzt bis 25. Oktober 2012 zur Mitteilung, ob sie eine Kopie der Klageantwort der Beklagten 2 vom 5. Oktober 2012 erhalten haben und diese Kopie anerkennen. Diese Frist ist nicht erstreckbar.

Mitteilung an

Parteien

2.4 Beispiel 4: Papiereingabe nachfordern

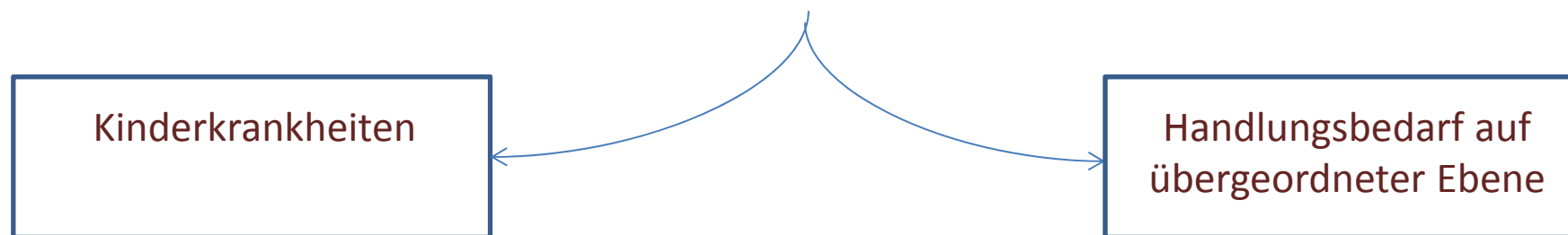


Bsp. 4, Kanton St. Gallen, Kreisgericht St. Gallen

Das Kreisgericht St. Gallen wendete eine interne Richtlinie an, die vorsah, beim Eingang von elektronischen Eingaben grundsätzlich immer eine Papierversion nachzufordern.

Das Kantonsgericht unterband diese Praxis mittels Mail an die betroffenen Kreisgerichte.

3. Fazit (I): Differenzierung nötig



3. Fazit (II): ERV ist ein ergebnisoffener Prozess

